

gebrachten sog. Fünftags-Anträge verhandelt wird, hat man in jeder Woche einen angelegt. Aber manche der Fünftags-Anträge nehmen 2, 3 und selbst mehr solcher Schwerinstage in Anspruch. Nun haben aber die 10 Fraktionen des Reichstages jede derselben eine mehr oder minder große Anzahl von Fünftags-Anträgen. — Es ist also nach dieser Lage der Dinge gar nicht einmal möglich, etwa durch öftere Diskussion im Reichstage auf eine baldige Vorlage eines Reichsgesetzes hinzuwirken.

Sieht es nach den bis hier erhörten Verhältnissen für ein Reichsgesetz nicht besonders hoffnungsvoll aus, so bieten uns die Tendenzen in den beiden direkt dabei interessierten Kreisen, Grubenbesitzer und Bergarbeiter, kein besseres Bild. Die Ersteren sind bei dem im Jahre 1865 am 24. Juni in Kraft getretenen Allgemeinen Preussischen Berggesetz, an welches sich die Berggesetze der anderen Bundesstaaten mehr oder weniger anlehnen, sehr zufrieden, und stehen demnach einem Reichsgesetz nicht besonders sympathisch gegenüber. Bei den jetzigen Vorschriften können sich die größten Massen-unglücke ereignen, ohne daß man den Besitzern durch energisches Eingreifen — den Profit schmälern wird. Mehr können sie nicht verlangen.

Siehe demnach die Grubenbesitzer einem Reichsgesetz absehend gegenüber, so haben die Bergarbeiter in ihrer überaus richtigen Überzeugung überhaupt noch keine Stellung in dieser Frage eingenommen. Ihre Stellung ist also noch, abgesehen von einer kleinen Minderheit, unklar. Sie wird erst dann gerückt werden, wenn man ihnen klar macht, wie in den Landtagen die Berggesetzgebung, trotz des gewaltigen Aufschwungs des Bergbaues, in den letzten Jahrzehnten auf dem alten Standpunkte geblieben und für die Wahrung der Bergarbeiterinteressen, die gerade mit dem Aufschwung des Bergbaues sehr ins Gedränge gekommen sind, nichts getan worden ist. Wenn man den Bergleuten ferner anerkennend, was nach der Entwicklung des Bergbaues, der Erhöhung der Gefahren desselben, den veränderten Formen des Grubenbesitzes, der sozialpolitischen Macht der Grubenbesitzer und der gegen früher völlig veränderten und verschlechterten Bergarbeiterverhältnisse auf dem Gebiete der Berggesetzgebung einzuwirken ist, dann werden sie schon ein Reichsgesetz nachdrücklich verlangen. Denn mehrere der dringlichsten Reformen sind ihrer Natur nach am besten nur durch ein Reichsgesetz und die Anordnungsreform ist allein nur durch ein Reichsgesetz durchzuführen. Steht es endlich die letzte Frage angeht, was soll ein Reichsgesetz den deutschen Bergarbeitern bringen. Das Hauptwichtigste sei hier kurz angeführt.

1. Ein einheitliches Knappschaftswesen für das ganze deutsche Reich, so zwar, daß bei Verunglückung der Fröhlichkeit keine der Knappschaften und wohlwollenden Rechte verloren gehen können. Dazu eine große Summe anderer Knappschaftsreformen; vor allen Dingen muß aber die große Macht der Grubenbesitzer in der Knappschaft abgeschafft werden.
2. Bei der Berggesetzgebung sind die Bergarbeiter selbst in hervorragender Weise zu beteiligen. Die Vertikation der Gruben muß besonderen Beamten unterstellt werden.
3. Vereinfachte Vorschriften für die Formen der Kündigung und der sofortigen Entlassung. Ebenso bei den Morosen der Disziplin usw. u. u.
4. Arbeiterausschüsse mit dem Recht zur Organisation nach einzelnen Dörfern und zu Kongressen. Die Nachschüsse der Arbeiterausschüsse muß so weit gehen, daß, wenn sie eine disziplinäre Maßregel der Verwaltung beanstanden, dieselbe solange gesühnt bleibt, bis eine Einkung mit ihnen erzielt ist; denn aus einem Wunsche des Ausschusses kann ja auch nichts werden, wenn die Verwaltung nicht will.

Damit sei es hier genug.
Wann werden wir ein Reichsgesetz bekommen? Wann werden wir ein Reichsgesetz, das die erwähnten Reformen bringt, bekommen? Fragen wie im 20ten Jahrhundert wal wieder an.
H. Möller.

Belämpfung der Gewerbevereichte.

Eine der ältesten Forderungen der gewerblichen Arbeiter war diejenige nach Fabrikationen, durch welche die, sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Streitigkeiten schnell, sachgemäß und ohne große Kosten erledigt werden können.

Unsere moderne Gewerbevereichte hat sich den entwickelten Verhältnissen nicht angepaßt.

Je in höherer die Existenz des Einzelnen in einem bestimmten Ort, je mehr die Arbeitsverhältnisse, um so größer wurde auch das Bedürfnis nach gewerblichen Gerichten.

Erst im Jahre 1890 hat die Kaiserin durch das Gewerbevereichts-Gesetz vom 29. Juli 1890. Es war die erste Frucht des großen Bergarbeiterstreiks vom Jahre 1889. Mit diesem Gesetz wurde die in den letzten Jahren Februar-Erlassen des Jahres 1890 angeordnete Sozialpolitik eingeleitet.

Während es damals fast allgemein zum guten Ton gehörte, sich für den Arbeiter zu erklären, gaben die Industriellen ihre Unzufriedenheit mit dem sozialpolitischen Kurs sofort offen Ausdruck.

Dieser Vorwurf, die Anfechtung der Verhandlung über den Bismarck'schen Streit im Abgeordnetenhaus bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter forderten, waren es auch, die sich von Anfang an dagegen sträubten, den Arbeiter irgend wie unabhängig zu machen. Der Arbeiter soll sich nicht als Mensch fühlen können. Wohlwollen will man, die für eine, im wohlverstandenen Interesse gewährte, sogenannte Wohlthat sich in häßlicher Dankbarkeit ergeben sollen.

Da man die wahre Motive aber nicht offenbaren kann, so müssen die Gewerbetreibenden bei Bekämpfung der Sozialpolitik beharren. Die um Stimm behaupten ganz einfach, durch die sozialpolitischen Gesetze würde die Begehrtheit der Arbeiter erregt und der Unzufriedenheit die Wege gebreitet. Derselben Leute machen aus dem Vorwurf, als seien wir Feinde der vollen einzelnen Parteien in Reichs- oder Landtage geförderter Sozialpolitik, weil man die Massen in Unzufriedenheit erhalten muß.

Die Unzufriedenheit der Unternehmer und deren Geschäftsführer gekannt, mit den widerwärtigsten Argumenten die Forderungen der Arbeiter zu vertheidigen.

Jetzt sind es hauptsächlich aus die Gewerbevereichte, die den Sozialpolitikern und Bauunternehmern ein Dorn im Auge sind. Er man hier nicht die unersättlichen Kosten ins Feld führen kann, so müssen die angeblieben Schäden, welche die sozialdemokratische Aktion im Gefolge haben soll, als Gründe herhalten. Worin die Schäden bestehen, sagt man nicht!

Man kann es ja auch nicht gut offen aussprechen, daß die gerechten Urtheile der Gewerbevereichte, besonders auch da, wo die Besitzer aus den Reihen der Gewerbetreibenden hervorgingen, den Stein des Anstoßes bilden.

Gerade der Umstand, daß der Arbeiter durch die Gewerbevereichte zu einem guten Theil der Willkür des Arbeitgebers entziffen wird,

zeitigt die Abneigung gegen diese Einrichtung. Früher, bei ausbrechender Streikzeit, bei plötzlich eintretenden Verhältnissen, die eine möglichst schnelle Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Interesse des Arbeiters erhellte, war dieser Fall vollständig auf die Gnade des Unternehmers angewiesen.

Die privatrechtliche Verfolgung seiner Ansprüche bei den ordentlichen Gerichten erforderte oft eine nach Monaten rechnende Zeit. War es dem Arbeiter nicht möglich, eine so lange Zeit auf Anerkennung seiner Forderungen zu warten, so mußte er sich ganz einfach bedingungslos dem Willen seines Arbeitgebers unterwerfen und das bedeutete in den meisten Fällen Verzicht auf seine Ansprüche.

Durch Einführung der Gewerbevereichte ist diesen unbilligen Verhältnissen begegnet. Meist schon nach wenigen Tagen wird das Urtheil gesprochen und was von besonderer Wichtigkeit ist, es ist sofort vollstreckbar.

Dies, sowie der Umstand, daß die Arbeiter bei diesen Gerichten mit als Richter zu fungieren haben, sind auch Gründe, weshalb von Unternehmenseite eine Revision der Gewerbevereichte gefordert wird. Nicht vergessen wollen wir auch auf eines hinzuweisen, was die Abneigung der Unternehmenseite besonders gefördert hat. Bei den Argumenten gegen die Gewerbevereichte wird besonders Bezug genommen auf die geringen Erfolge dieser Einrichtungen als Vermittlungsmittel zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Diese Thatsache ist nicht zu leugnen, liegt aber vornehmlich darin begründet, daß die Arbeitgeber sich den Schlichtungen dieser Gerichte nicht unterwerfen wollten. Die Gewerbevereichte haben aber noch eine andere Aufgabe zu erfüllen.

Nach § 70 des Gewerbevereichtsgesetzes sind die Gewerbevereichte verpflichtet, auf Ansuchen von Staatsbehörden, oder des Vorstandes eines Kommunalverbandes Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben. In gleicher Weise ist das Gewerbegericht berechtigt, in gewerblichen Fragen, welche seiner Gerichtsbarkeit unterstehende Betriebe betreffen, Anträge an Behörden und an Vertretungen von Kommunal-Verbänden zu richten.

Von dieser Berechtigung haben die besonders für uns in Betracht kommenden Berggewerbevereichte in letzter Zeit 2 Mal Gebrauch gemacht. Die Veranlassung dazu gab die vom Verband deutscher Berg- und Hüttenleute erhobene Forderung nach Grubenhilfskontrollen aus den Reihen der Arbeiter, von diesen gemäß.

Die Berggewerbevereichte haben sich jedesmal der vorliegenden Forderung angeschlossen. Allerdings waren es nur die Arbeitnehmervertreter und haben die Arbeitgebervertreter den ersten diesbezüglichen Antrag zu Fall gebracht.

In der am 22. Mai in Bochum tagenden Versammlung der Berggewerbevereichte für den Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden nun folgende Anträge angenommen, die der Bergarbeiterkongress zur Verurteilung von Unfällen beschloß.

Das solche sachverständige Begutachtungen der Arbeiterforderungen, die sich ja nie des Wohlwollens der Arbeitgeber erfreuen, diesen nicht in den Raum passen, werden ihnen die Gewerbevereichte, je mehr diese sich auf die ihnen gestellten Aufgaben besinnen und zu lösen suchen, verhasst und hinderlicher.

An eine Aufhebung der Gewerbevereichte, deren Zahl sich heute auf annähernd 300 beläuft, ist aber wohl kaum zu denken. Damit sie aber für die Folge das einseitige Interesse der Unternehmer nicht mehr beklagen sollen, drängt man auf eine Revision der Gewerbevereichte.

Die gemachten Vorschläge, so die Besitzer durch Stadtvorordnete wählen zu lassen, laufen alle darauf hinaus, die nicht unbedingt die Ansicht der Unternehmer vertretenden Besitzer aus den Gewerbevereichten hinauszuverdrängen. Sollten diese Bestrebungen Erfolg haben, dann würden in den meisten Fällen diese Einrichtungen für die Arbeiterkraft wertlos. Es würden nur noch Besitzer nach dem Willen der Unternehmer ernannt und diese, von jenen abhängig, sind am allerwenigsten in der Lage vorurtheilslos Recht zu sprechen.

Dagegen ist festzustellen, daß die frei gewählten Arbeitervereichte, ganz besonders die sozialdemokratischen, sich der größten Unparteilichkeit befleißigen. Die Vorsitzenden der Gewerbevereichte, die sich des Oesteren überließ, bekunden, daß bei Gewerbevereichten mit sozialdemokratischen Besitzern die Endurtheile fast immer einstimmig von den Arbeitern und Arbeitgebern gefaßt wurden. Die Rechtsprechung sei hier den Arbeitern gegenüber höchstens als eine strengere zu bezeichnen.

Aber das ruft alles nichts, man will den Arbeitern kein Recht geben, sie sollen nicht als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden. bedingungslose Unterwerfung fordert man und darum der Kampf gegen die Gewerbevereichte.

Die Arbeiterkraft wird gut thun, dem Treiben der Stumm und Grössen gehörig auf die Finger zu setzen. Die kommenden Reichstagswahlen bieten die Gelegenheit, den Feinden der sozialen Volkswirthschaft, den Gegnern der heiligen Gewerbevereichte, der Koalition- und Versammlungsfreiheit die richtige Antwort zu geben.

Zur Verlesungfrage der Kohlenwerke liegen heute 3 dem Reichsminister Meldungen vor, nach welchem der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund beauftragt werden soll, wegen verschiedener, von der Bergbehörde neuerdings erlassener bergbau-polizeilicher Vorschriften, beim Handelsminister vorstellig zu werden.

Die betreffenden Vorschriften sollen nach Ansicht der von ihnen betroffenen Bechen den beabsichtigten Zweck gar nicht oder nur ungenügend erfüllen (??) und die Kosten der Bergwerke ungewöhnlich stark vermehren. (1) Aus diesen Gründen soll um Aufhebung bezw. Milderung der betreffenden Bestimmungen gebeten werden.

Wir wollen hoffen, daß, wenn der Vorstand von dem Verein mit dem langen Namen beim Handelsminister vorstellig wird, um ihre Wünsche vorzutragen, der Herr Minister Briefe ungefähr Folgendes erwidert:

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

Aufregung. Was das Organ behauptet, ist bis jetzt noch unwiderlegt geblieben. Gegen Kohlenstaub hilft nun einmal nichts anderes als eine gründliche Ventilation. Dahingehende Erfahrungen hat die Zeche „Hibernia“ gemacht, und meine Beamten, welche der Berginspektoren angehören, haben sich oft genug lebend über die Verletzung ausgesprochen. Der Zweck wird also vollkommen erfüllt. Ich gehe gern ein, daß die Summe nach meiner Ansicht nur als eine Bagatelle zu bezeichnen. Ich würde Ihnen außerdem noch empfehlen, neben den Ventilationen auch eine gründliche Ventilation zu bewerkstelligen. Bedenken Sie doch, was es heißt, wenn die Massen-Gräber sich immer und immer wieder öffnen. Ich bin es als Minister des Handels den Bergleuten nunmehr schuldig, daß ich das Leben und die Gesundheit dieser so schon genug geplagten Menschen unter meinen Schutz stelle. Dazu bin ich als Mensch verpflichtet. Eine Ventilation mache ich Ihnen noch, daß in aller nächster Zeit die Wahlen von Grubenkontrollen aus den Reihen der Arbeiter vor sich gehen werden, ganz nach dem System, wie es der Bergarbeiterkongress in Dortmund verlangt hat. Adieu, meine Herren! Hoffentlich belästigen Sie mich mit solchen Anliegen nicht mehr wieder.“ —

Das Ende des Bismarck'schen Ausmaßes.

Der Verlauf der Generalversammlung des Berg- und Hüttenvereins, welche die völlige Einstellung des Betriebes des Kohlenbergwerks am Bismarck'schen, bildet ein charakteristisches Dokument für die Gemüthsstimmung unserer Privatunternehmer. Die Debatte ergab einige in dieser Beziehung hochinteressante Momente. Der Referent in der Angelegenheit war der Generaldirektor Kommerzienrath Guarnier, welcher betonte, daß das Bergwerk vielfach unter Wasserdruck zu leiden gehabt hätte, so daß die Leistung infolge des letzten Durchbruchs am 25. November 1897 zu der Erwägung gekommen wäre, auf eine regelmäßige Durchführung des Betriebes an einzelnen regelmäßigen Feiertagen nicht verzichten zu können. Die Betriebsleitung verlangte daher mit Zustimmung des Aufsichtsrathes von Danabück und der Betriebsbehörde von den Arbeitern die Vertretung der Arbeiten an diesen Feiertagen. Die sich meldenden Arbeiter wurden damals nach vorheriger Kündigung entlassen. Darauf erfolgte die Arbeiterüberlegung der Betriebsleitung, denen sich nun auch 700 Arbeiter der Georg-Marlenhütte angeschlossen. Nach bleibenden fruchtlosen Verhandlungen zog der Aufsichtsrath seine Zustimmung zur Feiertagsarbeit zurück, so daß der Ausmaß gegenwärtig noch fortandert. Gegenwärtig seien noch am Bismarck 532 Bergleute und 244 Stollenarbeiter, auf der Georg-Marlenhütte noch 446 Arbeiter.

Infolge dieser Sachlage forderte der Vorstand verschiedene Gutachten über die Möglichkeit der Welterführung des Betriebes ein und kam auf Grund derselben zu dem Antrag, den Betrieb einstweilen völlig einzustellen. Für die dem Betrieb treu gebliebenen Arbeiter, meinte Redner, würde gesorgt werden; die Betriebsleitung solle auch nicht als Strafe für die Streikenden aufgestellt werden (??) und diejenigen welche sich „bedingungslos“ melden, werden auch bleibend wieder angenommen werden, aber — diejenigen, welche sich in dem Ausstände besonders hervorgethan haben, werden nicht wieder angenommen werden.

(?) Die Verwaltung will Herr im eigenen Hause bleiben und neigt sich dazu, daß sie sich von ihren Arbeitern und deren Nachgebern keine Vortheile machen lassen kann und machen lassen wird. Diese Ausführungen fanden natürlich bei den anwesenden Vertretern von Besitz und Bildung die ihnen gebührende Zustimmung, nur der Reichstagsabg. Zimmermann bemerkte kurz, daß ihm das Vorgelegene entgegenstehe, beschränkt habe, da er nicht begriffen könne, weshalb man den Ausstand, bei dem die Schuld auf beiden Seiten liege, in diese Angelegenheit immer hineinzüge. Auch der Bürgermeister Westerkamp von Danabück konnte den Standpunkt der Betriebsleitung und der Aktionäre nicht gutheißen, da er die Interessen der Allgemeinheit nicht berücksichtige. Nach seiner Prüfung des einen Gutachtens lägen die Dinge nicht so verwickelt, wie sie dargestellt würden, so daß man es nicht bis zum Neuesten, das doch auch seine Nachtheile habe, kommen lassen brauche. Der Wasserantrag sei nicht zu berücksichtigen und trotz der daraus entstehenden Kosten würde die Rentabilität des Werks wieder zu erwachen sein. Da aber diese Dinge nicht ausschließlich stehen, sei auf den unglücklichen Arbeiterausstand nicht ein ausschlaggebendes Gewicht zu legen. Man möge daran denken, daß mit Einstellung des Bergwerks das darin stehende Kapital verloren gehe und daß 5/10 Millionen Tonnen gut gelagerter Kohlen so gut wie verloren anzusehen sind! Die ausgedehnte Arbeit einer späteren Wiederbetriebung des Werks durch Abtaufen würde wohl infolge des damit verbundenen hohen Kostenaufwandes nicht zur Ausführung gelangen.

Diese durchaus verständigen Ausführungen des Danabücker Bürgermeisters fanden natürlich bei den sanftmüthigen Unternehmern kein Gehör. Sämtliche Redner, mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Zimmermann, sprachen sich für Einstellung des Betriebes aus, wobei sich noch ein auswärtiger Redner in scharfer Weise gegen die Arbeitsverhältnisse der Bergleute aussprach.

Der Verlauf dieser Generalversammlung zeigt mit münchenertheutlicher Deutlichkeit die rückwärtsgehende Behandlung der öffentlichen Interessen durch die Unternehmer, welche um jeden Preis Herrchen im Hause sein wollen, und die Vorsitzenden der um die Durchführung ihrer Ziele kämpfenden Arbeiter auf die schwarze Liste setzen.

Wird der Staat mit der Vertretung des Betriebes und der Brotlosmachung der Arbeiter einverstanden sein? Hier liegen offenbar mehrere durchschlagende Gründe vor, von Staatswegen schleunigst das Entziehungsverfahren einzuleiten.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Ueber die Konsumvereine auf den Ruhrkohlen-gruben bringt der Essener „Glück-Auf“ wirtschaftshistorische interessante Angaben. Anfangs der 80er Jahre bestanden auf den Ruhrgruben 13 Konsumvereine, deren Zahl sich, veranlaßt durch die Bestimmungen des Gewerbe- und Wirtschaftsgesetzes vom 1890-94 wieder gebildet, davon gibt es aber zwei ein, so daß heute noch vier eigentliche Konsumvereine bestehen. Und zwar auf folgenden Gruben: „Helene-Amalte“, „Schägel“ und „Essen“, „Prosper“, „König“. Diese vier Vereine sind keine eingetragene Genossenschaften; sie verkaufen nur an Werkmätigkeiten gegen Legitimation. Ihre Mitgliederzahl beträgt 2150, d. h. 25 Prozent der Gesamtbelegschaft der betr. Gruben. Der Gesamtumsatz dieser Vereine betrug im letzten Geschäftsjahr 713 000 Mk., der Bruttogewinn 103 000 Mk.; 9 Prozent Dividende (66 000 Mk.) wurden vertheilt. Die Baaren sind nicht blüher wie anderswo, nur der Bezug der Dividende ist ein Vortheil der Mitglieder. — Außerdem bekanden auf den Ruhrgruben 1896 noch 12 von den Bechen eingetragene Konsumanstalten. Diese vertheilen sich auf folgende Gruben: „Gumbal“, „Königsgrube“, „Margarethe“

Eine noch nicht gehaltene Ministerrede!

Zur Verlesungsfrage der Kohlenwerke liegen heute 3 dem Reichsminister Meldungen vor, nach welchem der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund beauftragt werden soll, wegen verschiedener, von der Bergbehörde neuerdings erlassener bergbau-polizeilicher Vorschriften, beim Handelsminister vorstellig zu werden.

Die betreffenden Vorschriften sollen nach Ansicht der von ihnen betroffenen Bechen den beabsichtigten Zweck gar nicht oder nur ungenügend erfüllen (??) und die Kosten der Bergwerke ungewöhnlich stark vermehren. (1) Aus diesen Gründen soll um Aufhebung bezw. Milderung der betreffenden Bestimmungen gebeten werden.

Wir wollen hoffen, daß, wenn der Vorstand von dem Verein mit dem langen Namen beim Handelsminister vorstellig wird, um ihre Wünsche vorzutragen, der Herr Minister Briefe ungefähr Folgendes erwidert:

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

Meine Herren! Ich kann Ihren Anforderungen nicht nachkommen, denn ich habe besonders in letzter Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß etwas gethan werden muß, um die Massenunglücke durchaus zu beschneiden, und soweit es in meinen Kräften steht, will ich alles daransetzen, daß die Hekatomben ganz verschwinden. Meine Herren! Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht in jener Zeit leben, wo die ägyptischen Pyramiden noch im Bau begriffen waren. Hier ging es nach dem Willen einzelner Personen, und es sollen hunderttausend Menschen, wie die Geschiebe uns überliefert, umgekommen sein. Es liegen zwischen damals und heute einige tausend Jahre. Wir leben nun im Zeitalter der Humanität, beim Bau der genannten Pyramiden war es das Zeitalter der Barbarei. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Dann ließ ich auch noch unter dem schrecklichen Eindruck, den die letzten Katastrophen hinter sich gelassen haben. Gerade in Ihrem Bezirk folgten dieselben kurz hintereinander, erst Kaiserstuhl, dann Karolinen- und zuletzt Zollern. Auf den beiden letzten Gruben spielte der Kohlenstaub zur Verbreitung des Brandes eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben doch wohl jedenfalls die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung gelesen. Meine Herren! Gerathen Sie doch nicht bei Nennung dieses Organs so in

»Dannenberg« (4 Klassen), »Ber. Trappe«, »Polbere«, »Gawab«, »Aftaden«, »Deutscher Kaiser«, »Oberhausen«, »Saandor« und »Säker-Muad«. Der Gesamtumfang der Anstalten betrug im Jahre 1896 auf 230000000 Mk.; 4 1/2 Prozent der Anstalten wurden bezahlte. 15 Prozent des Anstalten entfielen auf nicht bezahlte Anstalten. — Das Konsumverhältnis weist also im Vergleich keine große Ausdehnung unter den Bergleuten gefunden. Nicht zum wesentlichen tragen dazu bei die gesetzlichen Beschränkungen der Tätigkeit jener Anstalten. Dies betont auch der »Glück-Auf«, ja es ist augenscheinlich, daß der zitierte Artikel nur geschrieben ist, um im Sinne der Unternehmer Kreise zu legen in die Gesetzgebung über die Wirtschaftsgenossenschaften. Wie sehr die von den Arbeitern ohne Mitwirkung der Unternehmer gegründeten Konsumvereine (u. a. Glühinghofen, Barop) in ihrer Entwicklung durch eine bürokratische Gesetzgebung gehemmt werden, ist bekannt.

Zu den Unfällen im Bergbau.

Nach den Berichten der k. k. Bergbehörden im Jahre 1896, welche unter dem Titel: »Die Berginspektion in Oesterreich« in einem Band von 260 Seiten erschienen sind, ermittelte Herr Oberbergamtsrat Scharfing für den Bereich der Wiener Berghauptmannschaft, zu der vornehmlich die mährischen und schlesischen Bezirke gehören, daß 1896 auf das

1. Schichtviertel	25 Unfälle
2. "	45 "
3. "	69 "
4. "	68 "

entfielen. Er schließt wohl ganz richtig, daß die große Häufung der Unfälle in der zweiten Schicht die Ermüdung der Arbeiter zuzuschreiben ist, welche in Bergwerken um so bedrohlicher ist, als auch mit dem Fortschreiten gewisser Arbeiten die Gefahren wachsen. Aber die aus dieser Beobachtung sich naturgemäß ergebende Forderung, daß die für Bergarbeiter bestehende gesetzliche Normalschicht von zwölf Stunden den Wünschen der Arbeiter gemäß auf acht beschränkt werde, wagt Herr Scharfing nicht einmal anzudeuten.

Herr Oberbergamtsrat Scharfing glaubt sogar, daß eine normale längere Schicht dem Interesse des Werkes sowohl als der Arbeiterschaft, »aus leicht ersichtlichen Gründen« besser entspreche. Diese Gründe sind uns so wenig ersichtlich, daß wir im Gegentheil behaupten Herr Oberbergamtsrat Scharfing habe nicht nach den Wirkungen gekürzter Arbeitszeit geforscht, die Schrift des Engländers Mac e über den Arbeitstag nicht gelesen, und wirtheile nur deshalb so, weil die Weisung der Grubenleiter und ein Teil der unangeführten Arbeiter sich möglichst lange Schichten wünscht. Gleichwohl muß er von solchen Arbeitern zugeben, daß sie immer bereit seien, auf eine übertriebene Anzahl von Ueberstunden unter gleichzeitiger Minderung der Leistung hinzuwirken.

Von 214 Verunglückten waren 67, also beinahe ein Drittel, 21 Jahre alt; 19 Kleinkinder (8 Proz.) waren noch nicht 30 Tage in der betreffenden Kategorie, 11 noch keine ganzen Monat beim Bergbau überhaupt beschäftigt. Daraus schließt Herr Scharfing mit Recht, daß die fachliche Belohnung unersahener, insbesondere jugendlicher Bergarbeiter vernachlässigt wird. Sehr spät gelangen die Herren zur Kenntnis dieser verbrecherischen Fahrlässigkeit der Bergleitungen, und es ist hoch an der Zeit, daß für die Bergarbeiter allgemein und leicht zugängliche Fortbildungs- und Fachschulen errichtet werden. Es ist bekannt, daß unter den Bergarbeitern zahlreiche Analphabeten sind, die sich nicht einmal mit der Dienstordnung bekannt machen können, oder weder die Werke, noch die Jugenderbände, noch die Gemeindevorstände, Land und Staat haben bisher das Verzagte unternehmen, um diesen Uebelstand abzuhelfen.

Nach dem letzten Jahresbericht des Warnknappschaffs-Bereichs zu Vordenberg im Barmkohlenrevier sind von den 8204 kurberechtigten Mitgliedern 7784, gleich 94,9 pCt. (1) ärztlich behandelt worden. Hier von blieben 3399 Mitglieder während der Dauer ihrer ärztlichen Behandlung noch in Arbeit, außerdem sind eingerechnet 360 Invaliden. Es bleiben sonach 4025 Personen, das ist 51,5 pCt. aller althergebrachten, die vorübergehend oder dauernd wegen Erkrankung die Arbeit einstellen mußten. Normal ist das gewöhnlich, selbst dann nicht, wenn man etwa 500 Personen abrechnet, welche von Influenza heimgesucht wurden, so bemerkt die »Frankf. Bzt.«, der wir diese Meldung entnehmen.

Liegt die Fortführung des Bergwerksbetriebes am Wiesberge im öffentlichen Interesse? Die Betriebseinstellung am Wiesberge, die 1000 Arbeiter dauernd brotlos macht und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Osabrück empfindlich schädigt, beleuchtet wieder einmal grell die Gleichgültigkeit, mit der unser Staat dem Existenzkampf seiner minder begüterten Bürger und Steuerzahler gegenübersteht, eine Gleichgültigkeit, die um so schmerzlicher ist, als der Staat im vorliegenden Falle genügende Mittel an der Hand hätte, zu Gunsten der vertriebenen Arbeiter einzugreifen. § 65 des preussischen Berggesetzes bestimmt nämlich: »Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, das Bergwerk zu betreiben, wenn der Unterlassung oder Einstellung des Betriebes nach der Entscheidung des Oberbergamts überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.« Wir sind begierig zu erfahren, ob das Oberbergamt Dortmund die Arbeitsmöglichkeit für 1000 Bergleute als ein öffentliches Interesse ansehen wird? Sollte die sozialpolitische Erkenntnis des Oberbergamts Dortmund wirklich so weit fortgeschritten sein, diese Frage zu bejahen, so hätte es den Verein der Georgs-Marienhütte zur Fortführung des Betriebes binnen sechs Monaten aufzufordern, und für den Fall der Nichtbefolgung dieser Aufforderung, die Einstellung des Bergwerks-Eigentums nach §§ 156—164 anzubringen.

In diesem Falle würde es sich auch bald zeigen, ob es wirklich die geringe Rentabilität des Werkes oder allein die Durchführung der Nachfrage den Arbeitern gegenüber ist, welche die Einstellung des Betriebes veranlaßt hat. Will die Georgs-Marienhütte den Betrieb nicht fortsetzen, so hätte sie jodann die Möglichkeit, entweder die Substantien des Bergwerkes auf ihre Kosten zu beantragen, oder das Verfahren wegen Entziehung des Bergwerks-Eigentums vor sich gehen zu lassen. Im ersteren Falle hätte die Georgs-Marienhütte noch die Möglichkeit, aus dem für sie angelegten werthvollen Bergwerk noch einen Gewinn herauszuholen; im letzteren Falle würde ihr Bergwerks-Eigentum erlöschen, und es würde sich vielleicht doch noch ein anderer Unternehmer zur Wiedereröffnung des Betriebes finden. Zu einem solchen im Interesse der Allgemeinheit liegenden Verfahren bietet das Gesetz die Möglichkeit, eine Klage einzureichen, die sicher wahrgenommen werden muß, da es sich doch um die Existenz von Arbeitern handelt.

Tödliche Unfälle in französischen und in deutschen Bergwerken. Man schreibt uns: Als die Aufsicht der Bergwerksbetriebe in Frankreich ebenso wie uns gegenwärtig noch lebendig in den Händen von vom Staate ernannten Beamten lag, war dort die Zahl der tödlichen Verunglückungen in Bergwerken ziemlich ebenso hoch wie bei uns. Es kamen in den französischen Bergwerken auf je 10000 Arbeiter tödliche Verunglückungen vor: 1885 24, 1886 24, 1887 24. Wir sind gerade nun einige Berichte des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins zur Hand. Aus diesen ergibt sich, daß im Jahre 1894 von je 10000 Berg-

arbeitern in den Kohlengruben dieses Bezirkes 22,1 tödlich verunglückten, im Jahre 1896 sogar 37,6. Bessere hohe Jagd wurde wesentlich mit verursacht durch den Brand der Klempnergrube, bei dem allein 104 Bergleute ums Leben kamen. Aber auch 1897 kamen noch 21,6 tödlich Verunglückte auf 10000 Bergarbeiter in der Kohlengrube dieses Bezirkes. Man neigt an diesen Zahlen, daß im allgemeinen die tödlichen Unfälle bei uns in den Bergwerken heute nicht kleiner sind, als in Frankreich vor dem Jahre 1890.

Aber in Frankreich hat die beharrliche Agitation der Arbeiter die Aufsicht von Berginspektoren durchgesetzt, die von den Bergleuten selbst aus ihrer Mitte gewählt werden und seitdem haben die tödlichen Unfälle in den französischen Bergwerken bedeutend abgenommen. Sie betragen auf 10000 Arbeiter

1892	1893	1894	1895	1896
9,5	9,3	8,5	11,9	13,0

Es läßt sich nicht beurtheilen, aus welchem Grunde in den beiden letzten Jahren die Zahl der tödlichen Unfälle wieder gestiegen ist, ob leichtfertiges Verfahren der Betriebsleiter daran Schuld ist oder ob die Arbeiter nicht immer die geeigneten Personen für diese Posten gewählt haben. In jedem Falle zeigen selbst die letzten Zahlen nur etwa die Hälfte der tödlichen Unfälle, die noch heute bei uns vorkommen, ein Beweis, wie dringend nötig die Beschleunigung der endlich auch bei uns in Aussicht genommenen Anstellung von Hilfs-Bergkontrollanten ist, die von den Arbeitern selbst gewählt werden.

Internationale Arbeiterbewegung.

Streiks in Deutschland im Mai. Die Zahl der begonnenen Streiks ist geringer, als im Vormonat. Gegen 74 im April haben im Mai 60 neu begonnen, d. i. ungefähr ebensoviel, wie (58) im März. Der April bezeichnet den Höhepunkt der Streikbewegung in diesem Frühjahr. Es entfallen von den Streiks auf:

	April	Mai
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	1	6
Industrie der Steine und Erden	7	7
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeuge und Instrumente	8	4
Textilindustrie	3	4
Industrie der Holz- und Sägmittel	9	8
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	3	1
Industrie der Bekleidung	6	2
Baugewerbe	35	26
Uebrigere Industriezweige	2	2
Summa	74	60

Bei 14 Streiks war die Zahl der beteiligten Arbeiter mit 4410 Köpfen zu ermitteln. Auf einen dieser Streiks kommen also rund 315 Mann. Diese Durchschnittszahl ist indes in diesem Monat deswegen so hoch, weil bei den kleineren Streiks fast gar keine Angaben über die Zahl der beteiligten Arbeiter gemacht wurden. Besonders große Streiks waren im Baugewerbe zu verzeichnen, so in Essen, Magdeburg, Brandenburg, Rummelshaus, ferner ein Streik wegen Lohnrückzahlung auf der jastatischen Königin-Luisengrube in Obereschlesien (600 von 8000 Mann).

Zu Zwickau haben 400 Förderleute des Erzbergbauvereins vom Tiefbau- und Vertrauensschutz wegen angelegter Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt. Ueber die Ursachen des Streiks wird uns weiter geschrieben. Auf dem Tiefbauverein (Erzbergbauverein) hat Zwickau sich am 8. Juni früh die Förderleute, annähernd 100 Mann, mit der Verwaltung in Differenzen gerathen, da die Leute in denjenigen Strecken, wo im Monat Mai am meisten verdient worden ist, im Lohn reduziert werden sollten. Die Förderleute haben einen Schlichter vor 1,60—2,20 Mk., dazu kam noch ein Gehaltstag von 57—85 Pfg., und das ist den Herren schon zu viel. Die Differenzen sind noch nicht ausgeglichen. Das Werk hat in der Jahre 1896 und 1897 zusammen gegen 700000 Mk. Nettogewinn gemacht.

Wegen Ausbreitung organisierter Bergleute stellen sämtliche auf der Grube »Gnadeneich« bei Petersdorf (Provinz Brandenburg) Beschäftigten die Arbeit ein.

Zum Bergarbeiterstreik in Wales wird aus London vom 9. Juni berichtet: Die Streikenden wollen den Kampf bis auf's Wasser fortsetzen. Ihre Delegierten haben das sogenannte provisorische Komitee mit 79 gegen 7 Stimmen angewiesen, keinerlei Frieden mit den Bergwerksbesitzern zu schließen, der sich auf die Wiedereinführung der verschleppbaren Lohnskala gründet. In Newport kam es gestern zu Aufrührungen. Die Ausständigen haben lange keine Miete mehr bezahlt. Als die Hauseigentümer sie gerichtlich aus ihren Wohnungen zu vertreiben suchten, drohten sie, die Häuser abzureißen. Die Gerichte haben dies nur dadurch verhindert, daß sie keinen Ausweisungsbefehl gewähren wollen, bis der Zustand vorüber ist.

Aufforderung

an unsere Verbandsmänner und an die Knappschaffs-Kassen.

Einige Zeit vor Abstimmung über den Statuentwurf sind Versammlungen zur Stellungnahme dazu abgehalten worden. Ueber den Ausfall derselben, ob man sich für oder gegen den Statuentwurf ausgesprochen hat, bitten wir uns baldigst eine ganz kurze Mittheilung zu schreiben zu wollen. Wenn keine Versammlungen stattgefunden haben, bitten wir die Ursachen dafür anzugeben.

Es handelt sich darum festzustellen, welche von den Aeltesten ihren Pflichten nicht nachgekommen sind, oder gar gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Sprengelmitglieder gehandelt haben. Die Aeltesten bitten wir, die Ursachen mit anzugeben, welche ihr Sprengel umfaßt.

Zuschriften sind zu richten an Wilh. Schürhoff, Bochum, Johannisstr. 22.

Aus dem Reife der Kameraden.

Zus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Daß man aus den Ausführungen des Bergwerksdirektor Hild in einer dieser Tage abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft »Westfalen« hervorgeht, daß das Oberbergamt für die sämtlichen Zeitgenossen des Bezirkes umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der Arbeiter plant, für Westfalen sind sie bereits angedeutet. Diese Maßnahmen bestehen zunächst in der ausgiebigen Vertheilung der Strecken und der Betriebe selbst, so zwar, daß sich überhaupt kein Kohlenkondensat mehr entwickeln kann. Außerdem wird die Zufuhr von guten Wittern in viel umfangreicherer Weise als bisher verlangt, so daß Westfalen zu seinen bereits vorhandenen Schächten noch einen neuen Schacht abtaufen muß der Minute fünf bis sechs Tausend Kilometer frische Wetter in die Grube einfließt. Dieser Schacht kostet mindestens 300000 Mark. Die gesamten Zeitkosten haben ähnliche Maßnahmen zu erwarten, was bei mancher Zeche, die nicht unter so günstigen Umständen arbeitet, das Erträgnis beträchtlich schmälern wird. Das Vorgehen des Oberbergamts, das in vollen Einklang steht, mit den Entscheidungen der obersten Bergbehörde, befähigt also die Behauptung der Bergleute, daß die Massenunfälle vermieden werden können, wenn man die nötigen Vorsichtsmaßnahmen trifft und die erforderlichen Mittel aufwendet. Das wird nun geschehen, da die Bergbauverwaltenden aber die Kosten nicht allein tragen können oder wollen, so ist eine weiter

Preissteigerung die unausbleibliche Folge. Die anderen Industriellen werden mit einem Anstiege der Zeiten rechnen. Ob nun die vorgeschriebenen Maßnahmen nun in dem Maße, wie es die Behörde erwartet, bewahren werden, muß die Zeit lehren. Ein Bergtechniker Herr Direktor Kleine, bezweifelt dieses, er befürchtet, wenn auch die Schlagwörter, einen raschen, vermehrte Zufuhr frischer Wetter und intensive Vertheilung der Kohle herabgemindert würden, so würden auf der anderen Seite durch Stein- und Kohlenfall nur noch mehr Menschenleben vernichtet werden, als bisher. Er befürchtet nämlich, daß durch die Vertheilung das Gestein mehr gelockert und brüchig werde. Zum Theil wird dies wohl richtig sein, aber durch sorgfältigeren Umbau und Verwendung von schwereren Grubenhölzern lassen sich wohl auch diese Unfälle vermeiden. Die vermehrte Zufuhr frischer Wetter, also ein noch rascheres Bewegen der Luft in den Gruben, macht wiederum andere Vorsichtsmaßnahmen nötig. Es ist fraglich, ob man nicht die bisherige Siederheißlampe aufgibt und zur elektrischen Lampe greift, die jetzt so verbessert ist, daß ihrer Anwendung, abgesehen von der Schwere, kein Hinderniß mehr im Wege steht. Allerdings ist sie theurer als die bisherigen Lampen und die Unterhaltung erfordert ebenfalls größere Ausgaben.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Anordnungen auf die letzten großen Massenunfälle zurückführt. Ob diese wohl nicht hätten vermieden werden können, wenn die Anordnungen früher getroffen worden wären. Die Bergarbeiter werden dieses Vorgehen der Bergbehörde lebhaft begrüßen. Wie sich die Unternehmer verhalten, zeigt der in dieser Zeitung enthaltene Artikel: »Eine noch nicht gehaltene Ministerrede.«

Rothhausen.

Die Aeltesten von Rothhausen hatten im Saale des Herrn Schürhoff eine öffentliche Bergarbeiterversammlung einberufen, die von über 400 Personen besucht war. Aeltester Roppers eröffnete die Versammlung um 11 1/2 Uhr und ertheilte den Aeltesten Hartmann zur Vertheilung über die letzte Generalversammlung des Knappschaffsvereins, die Wort. Hartmann legte den Anwesenden auseinander, wie es möglich war, daß das Statut zur Annahme gelangte. Nicht dabei schilderte er das Verhalten der Aeltesten die für das neue Statut gestimmt hatten. Nach einigen kurzen Darlegungen schloß der Redner seine Ausführungen unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. Nach Hartmann erklärte das Ausschussmitglied d. s. Herrl. Gewerkschaftsvereins, Kamerad Tipp, daß sämtliche Aeltesten, ob sie für oder gegen das Statut gestimmt haben, nicht mehr zu wählen, sondern andere Kandidaten aufzustellen. Dann wurde dem Kameraden Pokorny das Wort erteilt. In fünfminütigem Vortrage ging Redner auf die Geschichte des Knappschaffsvereins ein, und zeigte, daß man heute nicht kämpfe um etwas Neues zu erringen, sondern alte verbürgte Rechte zurückzuerlangen. Wenn man heute um diese Rechte bitten und stehen müßte, so lege es daran, daß das Unternehmertum im Laufe der Zeit es verstanden hat, die Knappschaffskasse voll und ganz in ihre Hände zu spielen. Wollte man etwas erreichen, dann müßte die Bergarbeiterchaft die Selbstverwaltung der Kasse zurückerobern. Die Werkbesitzer hätten durchaus kein Recht, sich in die Knappschaffskasse, die nur für die Arbeiter geschaffen sei, hineinzumischen. Die Werkbesitzer haben es verstanden, für ihre Interessen der Knappschaffskasse ein wohlüberdachtes System zu Grunde zu legen. Man habe den Vertretern der Arbeiter die Hände gebunden. Würden die Arbeitervertreter den Werkvertretern einmal gefährlich werden, dann könnte man erleben, daß die Werkbesitzer schon Mittel und Wege wüßten, sich die Arbeitervertreter abzuschütteln, indem man den Aeltesten die Arbeit auf den Gruben unmöglich mache. Man solle sich über diese Frage nicht so leicht hinwegsetzen. Nachdem Redner noch die einzelnen Forderungen erwähnt, schloß er mit der Aufforderung an die Versammlung, sich den Organisationen anzuschließen, damit die Aeltesten einen Rückhalt hätten in kommenden Zeiten. Vorläufig heißt es: Schritt für Schritt voranzugehen, aber nicht das Ziel, Entziehung der Kasse aus der Hand der Werkbesitzer außer Acht zu lassen. Die Versammlung, welche mit atemloser Ruhe den Ausführungen des Redners gefolgt war, brach in minutenlangem stürmischen Beifall aus. Nachdem Hartmann noch mit kurzen Worten die Aeltestenwahl geschloß, nahm Tipp nochmals das Wort, um den Nachweis zu liefern, daß Pokorny den Gewerkschaften angegriffen hätte. (Gerade das Gegenteil hatte Pokorny gethan). Die Versammlung wurde durch, trotz der Aufforderung um Ruhe, — den Redner nämlich, hinaus! Lüge! Beiräthler! Ist es von allen Seiten. Tipp schrie nun in den Saal: »Ich glaube, ihr alle seid wohl Sozialdemokraten!« Hier brach ein solcher Tumult gegen den Redner aus, daß der Kommissar die Versammlung auflösen mußte. Die Versammlung hat gezeigt, daß auch in den Hochburgen des Gewerkschaftsvereins dessen Mitglieder anders denken, als Tipp anzunehmen schien. Nach seinem Verhalten verjagte er Zwist zu säen, nur hatte er sich verrechnet. Die Versammlung hatte trotz der Auflösung für was einen durchschlagenden Erfolg.

Mittelscheidt, Kameraden!

Es wird auch hier die höchste Zeit, daß wir uns endlich ermannen zur Knappschaffsältestenwahl. Der bisherige Aelteste, Heinrich Schäfers, kann unser Vertreter nicht mehr sein, da er für das neue Statut gestimmt, und zwar gegen den Willen der Mehrheit seiner Mitglieder. Unserem Aeltesten kann ein rechtsdenkender Arbeiter nicht seine Stimme geben. Werfen wir daher alle religiösen und parteiischen Fanatismus bei Seite, und treten für Männer ein, die wissen, wo uns der Schuh drückt. Es werden in nächster Zeit hier mehrere Versammlungen abgehalten werden zur Besprechung betreffs Aufstellung von Kandidaten.

Dorfteich.

Am Sonntag, den 29. Mai fand im Lokale des Herrn Barlemann eine gutbesuchte Bergarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Das Massenunfall auf »Hollern«. Kamerad Limberg, der als Referent erschienen, wies nach, daß trotz der vermehrten Massenunfälle, für die Bergarbeiter wenig oder nichts geschehe. Redner forderte unbedingt, daß Arbeiterinspektoren eingestellt werden. Sodann sprach Schürhoff Dorfteich. Derselbe ging auf die einzelnen Unglücksfälle näher ein. Besonders tabelte Redner das Verhalten der bürgerlichen Zeitungen im Falle unseres verunglückten Kameraden Scheidler. Danks-Warten und noch einige Kameraden forderten zum Anschluß an die Organisation auf. Mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche Arbeiterschaft wurde die Versammlung geschlossen.

Züdransen.

Auf Königsborn, Schacht 1, herrschen noch recht traurige Zustände. Die Lohnrückzahlung ist im allgemeinen recht spät. Im Revier des Stelgers H. ist es in den letzten Monaten vorgekommen, daß eiltige Hauer den schweren Verdienst von 2,80 Mk. aufzuweisen hatte. Verlagen sich die Leute über einen solchen Lohn, dann heißt es einfach: »Ihr hättet besser arbeiten sollen.« Die Arbeiter getrauen sich nicht einmal, dem Herrn Betriebsführer ihre Klagen vorzubringen, da betr. Herr wie es im Volksmunde heißt, recht »energisch« ist.

Aus dem Oberbergamtsbezirk Bonn.

Sulzbach. Auf der sog. »billigen Jakobgrube« werden recht hohe Löhne gezahlt. Mit 3,60—3,80 Mk. pro Schicht muß sich so mancher Bergmann begnügen. Solche Löhne erregen hier bei den Bergleuten oft böses Blut. Hauptächlich ist es der Obersteiger, gegen den sich dann der Wut richtet, da nach Ansicht der Arbeiter die Schuld an solchen Löhnen sein soll. Auch über das »große Wesen« des Herrn Obersteigers beklagen sich die Arbeiter. Der hiesige Bergamtsrat hatte einmal dem Grubenausschuß gegenüber erklärt: er wünsche, die Bergleute verdienen 4,70—4,80 Mk. Herr Bergamtsrat wünscht ferner, daß das Holz zur Unterhaltung der Förderstrecken

